

bai 30



Ausgabe Nr. 30 | MAI BIS AUGUST | 2017



**Gibt es eine Gerechtigkeit
zwischen den Generationen?**



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es schwierig wird, heißt es Haltung bewahren – körperlich wie geistig. Doch Haltung heißt auch eine Gesinnung haben und damit sind wir bei der Ethik. Es geht nicht mehr um Ideologien, die beliebig wechselbar sind. Es betrifft nun unser Selbst, unseren Charakter und unsere Persönlichkeit, auch in einem gesellschaftlichen Kontext.

Natürlich bedeutet das auch, dass wir anecken können und es unbequem werden kann, wenn wir Haltung zeigen, gerade wenn das Gegenüber in seiner oder ihrer Ideologie bzw. Gesinnung sehr weit weg von uns selbst ist.

Das ist aber auch gut so, denn es gibt ausreichend viele Bereiche in denen der Konsens vielleicht einfacher erscheint, aber viel fatalere Folgen hat – man denke nur an

Menschlichkeit, Aufrichtigkeit oder Nächstenliebe. Hier kann und darf es keinen Kompromiss geben. Wie Nietzsche schon sagte: „Wenn du lange in einen Abgrund blickst, blickt der Abgrund auch in dich hinein.“ Daher heißt es Haltung zeigen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Christoph Schreiber

Presse- und Öffentlichkeitsreferent

03

BDKJ Bayern konkret

- _ Kirche kann Vorbild für Staat und Gesellschaft sein

04

Schwerpunkt: Generationengerechte Politik

- _ Heute schon an morgen denken
- _ Es ist noch jede Menge Zukunft übrig
- _ Was bedeutet für dich Generationengerechtigkeit?

10

BDKJ Bayern konkret

- _ Jede Politik ist Jugendpolitik
- _ Es gibt viel zu tun – wir machen was!
- _ Dialog FÜR Demokratie
- _ Fit für die kirchliche Jugendarbeit

16

Aus Diözesen und Verbänden

- _ CAJ Bayerncamp 2017
- _ Alles neu und nass und groß
- _ Prominente unterstützen Aktion „Maibaum für Toleranz“ der Landjugend
- _ Landjugend fordert mehr Jugendbeteiligung und Wohnungen auf dem Land

21

Aus der Bundesebene

- _ Mitbestimmung möglich machen
- _ 35.000 Stunden und noch viel mehr Generationengerechtigkeit?

23

News und Personen

- _ BDKJ Bayern
- _ BDKJ Bundesebene
- _ BDKJ Eichstätt
- _ BDKJ München und Freising
- _ KJG LAG Bayern
- _ KLJB Bayern
- _ Kolping Jugend Bayern

24

Stellenanzeigen

- _ PSG sucht Bildungsreferentin

25

Tipps

- _ Aktuelle Zusatzausbildungen am Institut für Jugendarbeit Gauting
- _ Jugendkorbinian 2017
- _ Nürnberger Forum 2017

Kirche kann Vorbild für Staat und Gesellschaft sein

➔ Das Thema des aktuellen bai ist für uns als junge ChristInnen wahrlich kein neues: Das Prinzip der Generationengerechtigkeit begegnet uns schließlich schon in der Bibel und zieht sich wie ein roter Faden durch die Kirchengeschichte.

Wir erinnern uns: Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Uns Menschen übergibt er gleich darauf diese seine Schöpfung. Nicht als Besitz zur freien Verfügung, sondern als Leihgabe auf Zeit. Die Schöpfung wird schließlich noch gebraucht für die nachfolgenden Generationen.

Dies erfordert eine Haltung, die wir heute „nachhaltige“ oder auch „generationengerechte“ Politik nennen: Alle Entscheidungen, die wir Menschen treffen sind auf die Auswirkungen für die nachfolgenden Generationen hin zu überprüfen.

Erstaunlich ist dabei, dass Gott gerade auch junge Menschen mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut, wie die (Berufungs-)Geschichten von Samuel, Jeremia und vielen anderen zeigen.

Und auch Jesus sagt: „Lasset die Kinder zu mir kommen.“ Der HI. Benedikt schließlich schreibt in seiner Ordensregel dem Abt des Klosters vor, bei Entscheidungen stets auch auf den Jüngsten der Mitbrüder zu hören.

Dieses Vertrauen in die junge Generation fordern auch wir in der katholischen Jugendverbandsarbeit immer wieder neu ein: Kirche und Gesellschaft tut gut daran, auf die Stimme der nachkommenden Generationen zu hören; in ihrer Kritik an bestehenden Verhältnissen und in ihren Vorschlägen für ein zukünftiges Miteinander liegt eine prophetische Dimension.

Apropos von jungen Menschen lernen: Papst Franziskus hat im Vorfeld der für nächstes Jahr angekündigten Jugendsynode einen Online-Fragebogen geschaltet. Dort haben junge Menschen die Möglichkeit, dem Vatikan ihre Wünsche und Hoffnungen, Träume und Ängste mitzuteilen.

Bei aller Kritik an einzelnen Formulierungen finde ich diese päpstliche Initiative doch einen Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt zu hoffen, dass die Antworten auch in die Beratung der Synode miteinfließen und dass junge Menschen im Synodengeschehen mitmischen dürfen.

Dann könnte unsere Kirche ihre Tradition einer auf Partizipation und Mitbestimmung aller ausgerichteten Generationengerechtigkeit einmal mehr zum Leuchten bringen und damit auch als Vorbild für Staat und Gesellschaft dienen.



Einen schönen Sommer wünscht euch

JENS HAUSDÖRFER
GEISTLICHER VERBANDSLEITER

Der Beschluss kann hier heruntergeladen werden: <http://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/mitbestimmung-moeglich-machen/>



Heute schon an morgen denken – Ein Plädoyer für einen Sozialstaat, in dem das gerechte Miteinander von Jung und Alt gelingt.



FOTO: TREMMEL

PD DR. DR. JÖRG TREMMEL
Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen. Von 2010 bis 2016 bekleidete Tremmel dort eine Juniorprofessor für Generationengerechte Politik.

Kontakt

joerg.tremmel@uni-tuebingen.de

➔ In der Demokratie dreht sich alles um das Hier und Jetzt. Politik wird für heutige WählerInnen gemacht. Doch was ist mit denen, die heute noch nicht wählen dürfen oder die noch gar nicht geboren sind? Ein Plädoyer für einen Sozialstaat, in dem das gerechte Miteinander von Jung und Alt gelingt.

Die Gegenwartspräferenz der Staatsform Demokratie ist ein Problem, das repräsentative und direkte Demokratien gleichermaßen plagt. Sowohl WählerInnen als auch Gewählte streben tendenziell Vorteile an, die in der Gegenwart oder nahen Zukunft, zumindest aber während ihrer Lebensspanne anfallen. Das ‚Lieber-Jetzt-als-Später-haben-wollen‘ scheint ein tief verankerter Wesenszug des Menschen zu sein, vermutlich sogar eine anthropologische Konstante. Vor die Wahl gestellt, eine bestimmte staatliche Leistung oder eine Steuerersparnis jetzt oder zu einem etwas späteren Zeitpunkt, etwa in einem Jahr, beziehen zu dürfen, entscheiden sich so gut wie alle Menschen für die Gegenwart.

Im Werben um Stimmen muss sich jede Partei auf die Vorlieben der gegenwärtigen WählerInnenschaft konzentrieren. Zukünftige Personen sind heute keine WählerInnen und können nicht in das Kalkül zur Maximierung von Stimmen einbezogen werden.

Künftige Generationen haben das Nachsehen

Die mangelnde Repräsentation künftiger Generationen führt dazu, dass Interessenskonflikte durch die Mehrheit der Wahlberechtigten entschieden werden, nicht durch die Mehrheit der Betroffenen. Könnten die künftigen StaatsbürgerInnen ihre Interessen geltend machen, so wären die Mehrheitsverhältnisse bei wichtigen politischen Entscheidungen der Gegenwart anders. Als Beispiel dafür mag die Energiepolitik dienen: Die Energiegewinnung durch fossile Energieträger ermöglicht heutigen Generationen einen hohen Lebensstandard, nimmt aber dafür gravierende Nachteile in der mittelfristigen Zukunft in Kauf. Spätestens seit 1990 der erste Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) einen Zusammenhang zwischen anthropogenen Treibhausgasen und Klimawandel belegte, kann sich die heute lebende Generation nicht mehr auf Unwissenheit berufen. Die heutige Energiepolitik verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und lässt die weltweite Durchschnittstemperatur ansteigen. Selbst wenn nur diejenigen künftigen Individuen, die in den nächsten 200 Jahren geboren werden, bei der nächsten Bundestagswahl über die heutige Energiepolitik mit abstimmen könnten, würden alle Parteien ihre Parteiprogramme umschreiben, um einen viel schnelleren Rückgang der Treibhausgas-Emissionen durchzusetzen. Auch die Staatsverschuldung würde schneller zurückgeführt als derzeit geplant.

Das alles spricht dafür, die Demokratie weiterzuentwickeln. Demokratie zu reformieren heißt nicht, sie in Frage zu stellen. Ihre Kernbestandteile gehören selbst zu den wertvollsten Hinterlassenschaften, die wir künftigen Generationen vererben können.

Auf dem Weg zum generationengerechten Sozialstaat

Fragen der Generationengerechtigkeit stellen sich nur zwischen heute lebenden und noch nicht geborenen Menschen, sondern auch zwischen Jung und Alt. Nur zwischen gleichaltrigen Zeitgenossen stellen sich nie Fragen der Generationengerechtigkeit, sondern die anderen, wohlbekannten Sozialstaatsfragen, nämlich die der intragenerationellen Gerechtigkeit: etwa zur Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zwischen Männern und Frauen, Einkommensschwachen und -starken.

Es gibt also auf der einen Seite die Sphäre der intragenerationellen Gerechtigkeit und auf der anderen die Sphäre der intergenerationellen Gerechtigkeit, in der sich wiederum ‚Gerechtigkeit zwischen Heute und Morgen‘ und ‚Gerechtigkeit zwischen Jung- und Alt‘ aufteilen lässt. Letztere ist für den sozialstaatlichen Kontext besonders wichtig.

Wer jetzt jung ist, wird später alt sein; und wer heute alt ist, war früher jung. Wie der Autor in seiner Studie „Eine Theorie der Generationengerechtigkeit“ (2012) hat dieser ‚Seitenwechsel‘ entscheidende Auswirkungen darauf, was als (nicht) generationengerecht gelten kann. Nur Vergleiche von Gesamtlebensverläufen sind aussagekräftig. Ungleichheiten zwischen Jung und Alt sind solange unproblematisch, solange die Relationen gleich bleiben.

Einkommen und Vermögen: Generational Gaps schließen

Dies soll am Beispiel der intergenerationellen Vermögensverteilung illustriert werden. Während in Ostdeutschland das Vermögen über alle Generationen relativ gleich (niedrig) verteilt ist, gibt es im Westen große Unterschiede. Die reichste Altersgruppe, die 80-84jährigen, besitzen pro Kopf durchschnittlich ein Nettovermögen von 160.000€. Alle Kohorten über 50 Jahre besitzen im Durchschnitt mehr als 100.000€. Dagegen besitzt die Altersgruppe der 25-29jährigen pro Kopf weniger als 30.000€. Das allein wäre aber nicht ungerecht, vorausgesetzt die Aufstiegschancen sind für alle gleich. Die Chance jeder jungen Generation, selbst im Lebensverlauf Vermögen anzusparen, darf nicht kleiner sein als die Chance der jeweils vorigen Generation. Aber gerade dies ist in Deutschland nicht mehr der Fall. 1983 waren die Vermögenswerte

der 55 älteren Kohorten ungefähr doppelt so hoch wie die der jüngeren. Inzwischen sind sie mehr als vier Mal so hoch. Hier hat sich eine Schere zwischen den Generationen geöffnet – und sie öffnet sich ständig weiter, trotz des Diskurses über Altersarmut. Bei den Einkommen sieht es nicht viel besser aus: Nach Ergebnissen von Lebenszyklus-Analysen kann die junge Kohorte der Gegenwart nicht mit den gleichen Einkommenssteigerungen rechnen, die ihre VorgängerInnen in ihrem Berufsleben verbuchen konnten. 1986 verdienten die 25 bis 40-jährigen in Deutschland noch 11,8 Prozent weniger als die 50 bis 65-jährigen. Heute sind es 24,2 Prozent. Die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern ist als Gender Pay Gap seit geraumer Zeit ein Thema. Es wird Zeit, dass auch der ‚Generational Pay Gap‘ und der ‚Generational Wealth Gap‘ angegangen werden.

Was muss passieren, damit diese Generational Gaps, die auf die Lebenszeit bezogene Einkommens- und Vermögensschere zwischen Jung und Alt, wieder schrumpfen? Gefragt sind unter anderem Maßnahmen der Tarifpartner: In der Arbeitswelt ist das Senioritätsprinzip abzuschaffen, etwa beim Entgelt, bei Urlaub und bei Abfindungen. Die Einstiegsgehälter sollten stärker steigen als die Gehälter älterer Arbeitnehmer. Bei betriebsbedingten Kündigungen sollte nach sozialen Kriterien (zum Beispiel ‚Zahl der zu versorgenden Angehörigen‘) differenziert werden; ein fortgeschrittenes Alter allein darf kein ausschlaggebendes Kriterium sein. Es darf z.B. nicht sein, dass ein alleinstehender 50jähriger allein aufgrund seines Alters einen stärkeren Kündigungsschutz genießt als eine alleinerziehende 25jährige. Sachgrundlose Stellenbefristungen, unter denen junge Menschen besonders leiden, sind zu verbieten. Ein Mindestalter für den Mindestlohn darf es nicht geben, denn Mindestgehälter müssen auch junge Menschen vor Armut und Ausbeutung schützen. Die härtere Sanktionierung junger Arbeitssuchender durch die Jobcenter ist ungerechtfertigt und muss beendet werden. Das Verbot der Diskriminierung nach Lebensalter ist im Gleichheitsgebot des Grundgesetzes (Artikel 3) zu verankern.

Staatsausgaben: Gerechtigkeit messbar machen

Wenn es um die Generationengerechtigkeit von staatlicher Ausgabenpolitik geht, ist der ‚Senioren-Bias-Indikator für Sozialausgaben‘ (EBiSS) die entscheidende Messzahl. Dieser Indikator entspricht dem Quotienten aus den Anteilen an Steuern und Abgaben, die den SeniorInnen im Verhältnis zu den Nicht-SeniorInnen zugutekommen. Um

die demografische Struktur zu bereinigen, ist die demografische Struktur im EBiSS rechnerisch bereinigt

Wie der EBiSS funktioniert, erläutert ein einfaches Rechenbeispiel:

In Staat A besteht zum Zeitpunkt t1 die Bevölkerung jeweils zur Hälfte aus Jüngeren und Älteren. Die staatlichen Ausgaben kommen proportional zu je 50 Prozent diesen beiden Bevölkerungsgruppen zu Gute. Der EBiSS hat dann den Wert 1. Zwischen t1 und t2 altert die Bevölkerung von Staat A, so dass sie zum Zeitpunkt t2 zu einem Drittel aus Jüngeren und zwei Dritteln aus Älteren besteht. Wenn nun zwei Drittel der staatlichen Ausgaben auf die Älteren entfallen, sowie ein Drittel auf die Jüngeren, dann verändert sich der EBiSS von Staat A nicht (er behält den Wert 1). Wenn aber die Älteren aufgrund ihrer Mehrheit nun mehr als zwei Drittel der staatlichen Ausgaben in Anspruch nehmen, dann steigt der EBiSS an.

Der EBiSS ist ein guter Indikator, wie weit junge Menschen sich noch politisch durchsetzen können, wenn es

um die Verteilung knapper staatlicher Ressourcen geht. Je ungünstiger dieser Wert, desto eher ist es berechtigt, von einer ‚Gerontokratie‘ zu sprechen.

Oben wurde ausgeführt, dass Politik vor allem für die heutigen WählerInnen gemacht wird. Wer noch nicht geboren ist, hat das Nachsehen. In den alternden Gesellschaften wie der unsrigen muss aber auch der Blick auf die innere Zusammensetzung der heute lebenden Wählerschaft gerichtet werden. Bei der letzten Bundestagswahl waren rund 34 Prozent der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt. Rund 15 Prozent waren unter 30. Die Jüngeren sind in unserer Mehrheitsdemokratie inzwischen in einer strukturellen Minderheit. Damit unsere Demokratie nicht zur Gerontokratie wird, brauchen wir ein Umdenken bei den Älteren. Sie sollten darauf verzichten, sozialpolitische Maßnahmen zu fordern, die (nur) der eigenen Altersgruppe nutzen.

PD DR. DR. JÖRG TREMMEL



Jörg Tremmel

Eine Theorie der Generationengerechtigkeit

2012, 341 S., kart. 48,00 Euro
mentis Verlag GmbH, ISBN 978-3-89785-706-3

Der Bezug auf »unsere Pflichten gegenüber künftigen Generationen« ist eines der kraftvollsten, emotionalsten und effektivsten Argumente, das Politikern und Bürgern zur Verfügung steht. Die exakte Art und der Umfang dieser Pflichten sind allerdings unklar. Sind wir kommenden Generationen überhaupt etwas schuldig? Wenn ja, wie groß ist der Umfang unserer Pflichten? Und auf welche Ressourcen oder Güter beziehen sie sich? Dieses Buch kommt zur rechten Zeit: Es liefert die bisher genaueste ethische Landkarte für die immer wichtiger werdende Zukunfts- bzw. Generationenethik. Obwohl von bisher unerreichter Tiefe und Bandbreite – das Literaturverzeichnis umfasst die gesamte relevante Literatur zu diesem Thema –, macht Tremmel's klarer Stil das Buch zu einer leicht lesbaren und abwechslungsreichen Lektüre. Im Ergebnis schlägt dieses Buch eine Theorie der Generationengerechtigkeit vor, die nicht nur für die philosophische, sondern auch die politische Debatte neue Impulse bringen wird.

Es ist noch jede Menge Zukunft übrig – Konsequente Generationengerechtigkeit für jetzt und immer

➔ Fällt der Begriff „Generationengerechtigkeit“ in der öffentlichen Debatte, ist es häufig zu reißerischen Schlagworten wie dem „Krieg der Generationen“ oder „Hüftgelenke oder Studienplätze?“ nicht allzu weit. Eine Generation führt ihr Potential, eine ihre erbrachten Leistungen ins Feld. Ein Missverständnis.

Unter dem Titel „Unsere Zukunft beginnt jetzt“ positioniert sich der BDKJ Bayern zum Thema Generationengerechtigkeit und macht dabei deutlich, was darunter zu verstehen ist. Im Besonderen gilt es, die gerechte Verteilung von Lebenschancen, von materiellen Ressourcen und von Lebensqualität in den Blick zu nehmen.

Es geht dem BDKJ um Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen, als deren Sprachrohr die Kinder- und Jugendverbände sich verstehen, da sie in der öffentlichen Debatte nach wie vor unterrepräsentiert sind. Ernstgemeinte Generationengerechtigkeit kann demnach eben kein Aufwiegen von Potentialen und erbrachten Leistungen sein, sondern muss das Wohlergehen aller Menschen jetzt und in Zukunft, ein gelingendes Miteinander und den verantwortungsvollen Umgang mit unserem Planeten im Blick haben.

Generationengerechtigkeit als Querschnittsaufgabe

Gegenwärtig ist hier ein mangelndes Bewusstsein zu beklagen. In zahlreichen politischen Entscheidungen wird der Gegenwart, bzw. der Sicherung gegenwärtigen Wohlstands, Vorrang eingeräumt. Die sich bereits abzeichnenden Probleme der Zukunft werden allzu oft künftigen Generationen überlassen. Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung haben der demographische Wandel und das an diesen „angepasste“ politische Agendasetting. Laut ifo-Institut wird bereits im Jahr 2035 nach heutigem Stand die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland im Rentenalter sein und rund 60 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. Gleichzeitig gaben in der Shell-Jugendstudie 69 Prozent der befragten 15- bis 25-Jährigen an, sie hätten das Gefühl, „Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken“. Wo die junge Generation eine Minderheit der Wahlberechtigten darstellt und Kinder und Jugendliche kein Mitspracherecht haben, läuft eine alternde Gesellschaft Gefahr, deren Bedürfnisse aus dem Blick zu verlieren.

Mit dem Beschluss „Jede Politik ist Kinder- und Jugendpolitik“ macht der BDKJ deutlich, dass sich die politischen Entscheidungen, die nachfolgende Generationen betreffen, nicht auf einzelne Bereiche beschränken lassen. So muss Generationengerechtigkeit als Querschnittsaufgabe begriffen werden, die sich in allen Bereiche von Politik und Gesellschaft widerspiegelt.



FOTO: KOBERLE

EVA-KATRIN ERNHOFER

Jahrgang 1986, hat Deutsch und Geschichte auf Gymnasiallehramt studiert und mit dem zweiten Staatsexamen abgeschlossen. Seit 2014 ist sie hauptamtliches Mitglied im Landesvorstand der KJG LAG Bayern

Kontakt

eva.ernhofer@kjg-lag-bayern.de

Dialog der Generationen fördern

Ein Kernthema der gegenwärtigen Debatte und der Positionierung des BDKJ Bayern ist ein tragfähiges Solidarsystem. Die rapide alternde Gesellschaft stellt den Generationenvertrag in seiner bisherigen Form vor ein unübersehbares Problem. Gleichzeitig sind prekäre Arbeitsbedingungen für junge Menschen zur Normalität geworden. Bei der stetig steigenden Zahl an befristet Angestellten fallen vielen Zukunfts- und Familienplanung schwer.

Bei der Lösung dieses Problems dürfen die Bedürfnisse der Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern es bedarf eines Dialogs, in dem gegenseitiges Verständnis und Verantwortung füreinander an oberster Stelle stehen. Benötigt wird eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen und nachfolgenden Generationen zu überfordern. Dabei muss dem zahlenmäßigen Ungleichgewicht der Generationen bereits durch eine entsprechend familien- und arbeitnehmerfreundliche Politik entgegengewirkt werden.

Nur wer mitspielt, kann gewinnen

Um eine solche zukunftsbejahende Politik voranzutreiben, ist es unabdingbar, Kinder und Jugendliche nicht nur in Entscheidungen mitzudenken, sondern auch einzubeziehen. Aussagen wie aus der bereits zitierten Shell-Jugendstudie zeigen, dass junge Menschen sich von der „großen Politik“ nicht wahrgenommen fühlen und dass an ihren Bedürfnissen vorbei über ihre Zukunft entschieden wird. Im Wahlkampf buhlen die Parteien gegenwärtig um die Stimmen potentieller WählerInnen. Knapp 13 Millionen Kindern und Jugendlichen ihre Inhalte nahezubringen und mit ihnen in den Dialog zu treten, lohnt sich dabei nicht. Eine Herabsetzung des Wahlalters ist ein notwendiger Schritt, um die Anliegen von Kindern und Jugendlichen auf die Agenda der Parteien zu heben. Und auch abseits der Wahlurnen müssen Heranwachsende von Anfang an in die Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben möchten involviert werden, um eine entsprechende Identifikation zu ermöglichen, gesellschaftliches Engagement zu fördern und eine tragfähige Demokratie zu gewährleisten.

„Es gibt nur eins, das auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Dass die Investition in Bildung immer eine Investition in die Zukunft ist, hat John F. Kennedy vor über 50 Jahren mit diesem Zitat auf den Punkt gebracht. Wenn Überschüsse staatlicher Haushalte statt Investitionen in das Bildungssystem Steuerentlastungen nach sich ziehen, ist dies ein Beispiel für die Verhaftung in der Gegenwart anstelle zukunftsweisender Politik im Sinne von Generationengerechtigkeit. Eine vorwärtsgewandte Bildungspolitik macht einen zentralen Aspekt von Generationengerechtigkeit mit sowohl ökonomischer als auch sozialer Reichweite aus. Zweifellos baut eine Generation stets auf dem auf, was die vorherige geschaffen hat. Sie erhält ein „Erbe“, auf dessen Grundlage es wiederum Neues zu schaffen gilt, um immer neue Herausforderungen bewältigen, ihren Beitrag leisten und sich selbst entfalten zu können. Zu diesem Erbe müssen für künftige Generationen eine gewissenhafte Ausbildung von Fachkräften ebenso wie zukunftsfähige Technologien, umfassende Förderungsmöglichkeiten inner- und außerhalb formeller Bildung ebenso wie die Durchlässigkeit des Bildungssystems zählen.

Der BDKJ und seine Mitgliedsverbände verstehen sich als Orte informeller Bildung, an denen Kinder und Jugendliche gemäß ihren Bedürfnissen und Ideen gefördert, in ihren Anliegen gehört und unterstützt werden. In diesem Sinne ist „Unsere Zukunft beginnt jetzt“, nicht in erster Linie ein Aufbegehren gegen derzeitige Entwicklungen, es ist ein Ausdruck der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, die Gesellschaft mitzugestalten und gemeinsam zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen.

EVA ERNHOFER
KJG LAG BAYERN

Was bedeutet für dich Generationengerechtigkeit?

„Meine persönliche Verantwortung, alles in meiner Macht stehende zu tun, damit ich der nachfolgenden Generation eine intakte Umwelt, keine Überschuldung und eine lebenswerte Gesellschaft hinterlasse. Ganz nach dem alten Slogan, in Bezug auf die Welt: ‚Die Mietsache ist im einwandfreien Zustand zurückzugeben‘.“

Richard, 39

„Wenn ich Entscheidungen so treffe, dass sie das Leben meiner Tochter nicht nachhaltig negativ beeinflussen.“

Sabrina, 26

„Wenn wir nicht anders behandelt werden, nur weil wir ohne Krieg aufgewachsen sind.“

Saskia, 16

„Generationengerechtigkeit ist für mich, wenn meine Großeltern, meine Eltern und meine Generation finanziell und im Bezug auf die Umwelt gleich behandelt wird und keiner gegenüber den anderen Vor- oder Nachteile hat, nur weil man früher oder später geboren wurde.“

Simon, 18

„Es ist noch niemand erwachsen auf die Welt gekommen!“

Manuela, 53

„Generationengerechtigkeit bedeutet für mich, dass meine Kinder und Enkel die Erde so beleben dürfen, wie ich sie belebt habe!“

Joachim, 53

„Am ehesten verbinde ich das Thema mit Nachhaltigkeit bezüglich dem Umgang mit der Umwelt und deren Ressourcen. Man muss bedenken, dass sich Nachhaltigkeit und ein andauerndes Wachstum des Wirtschaftssystems sich gegenseitig ausschließen.“

Thomas, 48

„Dass Ältere nicht von mir erwarten, dass ich unbegründete Ehrfurcht oder Respekt vor ihnen haben soll, obwohl sie nichts dafür geleistet haben.“

Tom, 18

„Ich habe den Eindruck, dass die Sensibilität für das Thema wächst. Dennoch müssen nachhaltige und langfristige Prozesse verstärkt in den Fokus rücken, um zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln und kommenden Generationen gerecht zu werden.“

Sebastian, 27

Jede Politik ist Jugendpolitik



Landesversammlung des BDKJ Bayern 2017 in Würzburg verabschiedet Beschluss für eine eigenständige Jugendpolitik in Bayern

Die Zeit der Wahlprogramme ist angebrochen, nach und nach präsentieren alle Parteien zur Bundestagswahl im September ihre Vorstellungen für Deutschland. Auch die Landesversammlung des BDKJ Bayern, das höchste beschlussfähige Gremium der katholischen Jugendverbandsarbeit in Bayern, hat einen nachhaltigen Plan für eine gemeinsame Zukunft.

Gemessen an den Auswirkungen der politischen Entscheidungen ist es leichtfertig wie wenig junge Menschen und ihre Bedürfnisse im politischen Prozess berücksichtigt werden. Fast alles hat eine Auswirkung auf sie, direkt oder aber durch die zu erwartenden Folgen, die von ihnen getragen oder verwaltet werden müssen.

„Die Prinzipien der kirchlichen Jugendarbeit, geprägt durch unsere Erfahrungen als Jugendverband, können auch für eine starke Jugendpolitik leitend sein: Subsidiarität, Orientierung an der Lebenswirklichkeit junger Menschen, personales Angebot sowie das Ziel, einen Rahmen bereitzustellen, der es jungen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihr Leben aktiv zu gestalten“ beschreibt Daniel Köberle, BDKJ-Landesvorsitzender, das Selbstverständnis des BDKJ Bayern.

Jugendbeteiligung ist ein Grundrecht

Doch Jugendpolitik kann nur dann gelingen, wenn auf allen politischen Ebenen Jugendbeteiligung ermöglicht und gefördert wird. Die direkteste Möglichkeit der Teilhabe ist das Wahlrecht. Die Katholische Kirche in Bayern ist an diesem Punkt schon weiter, denn bei den Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen sind bereits 14jährige wahlberechtigt.

Jugendbeteiligung ist ein Grundrecht von jungen Menschen, das auch in allgemeinen Zielbestimmungen enthalten sein muss. „Daher fordern wir unter anderem die Verankerung von Jugendbeteiligung als Grundsatz in der

Bayerischen Verfassung, in der Bayerischen Gemeinde- und Landkreisordnung sowie in den Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise. Das ist eine klare und zukunftsorientierte Programmatik“ stellt Daniel Köberle klar.

CHRISTOPH SCHREIBER

BDKJ BAYERN

Der Beschluss im Wortlaut steht auf unserer Homepage unter:

<http://www.bdkj-bayern.de/themen/positionen/gesellschaft-demokratie/>



Es gibt viel zu tun – wir machen was!

BDKJ Landesversammlung 2017 in Würzburg

➔ Das höchste beschlussfassende Gremium der Jugendverbandsarbeit in Bayern kommt jedes Jahr für ein Wochenende zusammen um die großen und auch kleinen Themen aktiv anzugehen. Dieses Jahr war sie zu Gast in der Jugendbildungsstätte Unterfranken, Würzburg. Der obligatorische Studienteil befasste sich intensiv mit der Frage, was getan werden muss, um Politik für und mit jungen Menschen zu gestalten.

Keine Angst - Politik muss Jugend denken

Seit fast zwei Jahren im Vorstand, seit vielen Jahren politisch aktiv, interessiert und engagiert. Doch erst zur Bundestagswahl 2017 darf Maximilian Holzer, 19 Jahre, Vorsitzender BDKJ Eichstätt, zum ersten mal wählen. Dieser beispielhafte Ausschluss eines jungen Menschen ist ein Fehler. Um auch in Zukunft eine starke Demokratie leben zu können, muss die Jugend und ihre Interessen durch eine starke politische Vertretung bei allen Themen berücksichtigt werden.

„Meine Erfahrung zeigt ganz klar, dass das Interesse junger Menschen an Politik und aktiver Mitgestaltung zunimmt – wenn ihre Interessen ernst genommen werden. Schließlich geht es auch um ihre Zukunft,“ beschreibt Maximilian Holzer die Situation.

Durch den Ausbau politischer Bildung werden junge Menschen früh an den politischen Prozess herangeführt.

Nur wer selbst erlebt, dass Engagement etwas bewirkt, kann auch begreifen, dass politische Beteiligung in der Demokratie eine notwendige Bedingung ist. Ein weiterer wichtiger Anspruch ist, dass eine Kultur des angstfreien Miteinanders erzeugt wird. „Aus unserem christlichen Grundverständnis heraus setzen wir uns als BDKJ Bayern für eine offene und Neuem gegenüber aufgeschlossene Gesellschaft ein, in der alle Menschen ihren Platz haben können. Dies ist ein notwendiger Schritt um dem Erstarken von vereinfachendem Populismus, Extremismus, Vernebelung von Tatsachen und Fake-News, entgegenzuwirken“ beschreibt Eva Jelen, BDKJ-Landesvorsitzende, die Situation.

Demokratie und fundierte Jugendbildung

Auf dem Podium, zu der von allen Parteien des Bayerischen Landtags Kandidierende für die Bundestagswahl eingeladen waren, anwesend waren Marianne Schieder, MdB (SPD) und Martin Heilig (Grüne), zeigten die Delegierten in der Diskussion klare Haltung zu einer funktionierenden Demokratie und einer fundierten Jugendbildung. Als Problemfeld kristallisierte sich dabei heraus, dass zwar junge Menschen ein großes Interesse an Politik haben, aber die Parteien keine große Attraktivität besitzen.



Podiumsdiskussion v.l. mit Eva Jelen, Marianne Schieder, Daniel Köberle, Lisi Maier und Martin Heilig

„Junge Menschen müssen die Verantwortung für ihre eigene Zukunft übernehmen dürfen. Unsere Positionen als BDKJ Bayern sind dazu seit Jahren eindeutig. Wir laden alle herzlich ein mit uns darüber zu sprechen und sich von unseren Argumenten überzeugen zu lassen“ schließt Eva Jelen.

Gleichstellungsordnung - Beauftragte in allen bayerischen Diözesen

Im Rahmen der Landesversammlung findet auch immer die BDKJ-Landesfrauenkonferenz statt. Diesmal ging es im Besonderen um die Gleichstellung der Geschlechter in den bayerischen Diözesen. 1993 beschloss die BDKJ-Landesversammlung mit großer Mehrheit den „Frauenplan. Ein Beitrag zur Partizipation von Frauen in der Jugendarbeit.“ Er enthält die Forderungen für einen frauengerechten BDKJ Bayern.

Die sieben bayerischen (Erz-)Diözesen haben sich dem Thema der Geschlechtergerechtigkeit bisher unterschiedlich gestellt. Vier von sieben haben eine „Ordnung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ und eine Gleichstellungsbeauftragte. Es sind die Erzdiözesen Bamberg sowie München und Freising und die Diözesen Eichstätt und Würzburg. Drei der vier Gleichstellungsbeauftragten sind Angestellte mit einem festen Stundenkontingent für diese Aufgabe. In einer Diözese wird die Aufgabe ehrenamtlich, ohne eigenes Stundenkontingent für diese Aufgabe, wahrgenommen.

In der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz von 2013 „Das Zusammenwirken von Frauen und Männern im Dienst und Leben der Kirche“ halten die Bischöfe fest: „Der derzeitige Anteil von Frauen an den Leitungsaufgaben in den Ordinariaten und Generalvikariaten von bis zu 19 % weist eine gute Richtung, ist aber noch nicht hinreichend.“ In Bayern gibt lediglich die Gleichstellungsanalyse der Erzdiözese Bamberg Auskunft über den Frauenanteil in Führungspositionen. Er liegt bei 11,1 % was die Hauptabteilungsleitung angeht und bei 22,2 % was die Abteilungsleitung.

Forderungen der BDKJ- Landesfrauenkonferenz

Daraus ergeben sich folgende Forderungen der BDKJ-Landesfrauenkonferenz:

Alle bayerischen (Erz-)Diözesen brauchen eine Ordnung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Ziel der Ordnung ist die Verwirklichung der Gleichstellung von allen MitarbeiterInnen in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Ordinarie bzw. Generalvikariate. Dies gilt besonders auch für die Führungspositionen. Dabei gilt es die bereits erwähnte Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz von 2013 umzusetzen und zu klären, welche Führungspositionen „theologisch zwingend an die Weihe“ gebunden sind und „welche Leitungsaufgaben ... Frauen und Männer aufgrund von Beauftragung durch den Bischof wahrnehmen“ können. Der Frauenanteil im Bereich der Führungspositionen ist stetig zu erhöhen bis die Parität erreicht ist.

Alle bayerischen (Erz-)Diözesen richten eine Stelle für eine/ einen Gleichstellungsbeauftragte/n ein. Die Stelle ist als Stabsstelle den Generalvikaren zuzuordnen und mit einem festen Arbeitsstundenanteil von mindestens 50 % Stellenumfang auszustatten.

Praxisleitfaden Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Die Landesversammlung beschließt darüber hinaus weiter am Thema Schöpfungsbewahrung dran zu bleiben. Unter dem Titel „Laudato si: Challenge accepted“ wird ein Leitfaden für eine christlich verantwortete BNE in der katholischen Kinder- und Jugend(verbands)arbeit entwickelt. Dieser soll es den Mitglieds- und Diözesanverbänden des BDKJ Bayern, vor allem aber deren mittleren und Ortsebenen erleichtern, jeweils situativ passende Konsequenzen aus den Aussagen und Anregungen der Enzyklika „Laudato si“ zu ziehen und diese auf vielfältige und fantasievolle Weise umzusetzen.

Der Leitfaden soll in Form einer App/einer gedruckten Broschüre/eines PDF-Dokuments/eines Ausbaus der Homepage www.kritischerkonsum.de des BDKJ auf Bundesebene umgesetzt werden und orientiert sich an der im Anhang befindlichen Gliederung. Dabei werden auch Ideen und Erfahrungen von bereits bestehenden Projekten kontinuierlich miteingearbeitet werden.

CHRISTOPH SCHREIBER
BDKJ BAYERN

Dialog FÜR Demokratie – Konfessionelle Jugendverbände starten gemeinsames Projekt

➔ Muslimische und christliche Jugendverbände in Bayern haben sich zusammengetan, um den Dialog der Konfessionen und Religionen im gemeinsamen Engagement für die Demokratie nach vorne zu bringen. Eine vertrauensvolle und offene Dialogkultur zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Konfessionen zu befördern und die interkulturelle und interreligiöse Arbeit in den Regionen besser zu vernetzen ist Ziel des Projekts.

Die Beobachtung, dass Bayern religiös immer bunter und vielfältiger wird, veranlasste den BDKJ Bayern bereits im Frühjahr 2015, sich des interreligiösen Dialogs, insbesondere des christlich-muslimischen Dialogs, anzunehmen. Mittlerweile konnten zu einigen Vereinen junger Menschen

mit Migrationshintergrund (VJM) tragfähige Beziehungen aufgebaut werden, unter anderem zum Bund der Alevitischen Jugend (BDAJ), der Islamischen Jugend in Bayern (IJB) sowie der DITIB-Jugend Nord- und Südbayern.

Durch großzügige Förderung des bayerischen Sozialministeriums konnte Ende 2016 in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring sowie der Eugen-Biser Stiftung das Projekt „Dialog für Demokratie“ initiiert werden.

Konfessionelle Jugendverbände und Demokratie

Konfessionelle Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur:

sie unterstützen Jugendliche dabei, positive Selbstverständnisse und starke Identitäten zu entwickeln, sie vermitteln demokratische Formen und fördern die Dialogbereitschaft und -fähigkeit von jungen Menschen.

Der Ton der öffentlichen Debatte um Demokratie und Rechtsstaat, Religion und Glaube, Zuwanderung und Integration ist in den vergangenen Jahren und Monaten schärfer geworden – nicht nur im Internet. Jugendliche begegnen in ihrem Alltag Rassismus und Religionsfeindlichkeit, mitunter auch politischem und religiösem Extremismus. Die wichtigen Aufgaben, in diesen Zeiten Dialogräume zu eröffnen, kulturelle Sensibilität und Wissen über andere Religionen und Kulturen zu vermitteln, Medienkompetenz zu stärken und öffentliche Debatten zu reflektieren können die konfessionellen Verbände gemeinsam am besten bewältigen. Hier setzt unser Projekt an.

Das Projekt

Gemeinsam wollen die ProjektteilnehmerInnen von bestehenden Formen des Dialogs auf lokaler Ebene lernen, neue jugendgerechte Formate entwickeln und weitere Kooperationen anstoßen. Haupt- und Ehrenamtliche in der Bayerischen Jugendarbeit sollen die Möglichkeit bekommen, an den im Rahmen des Projekts „Dialog FÜR Demokratie“



entwickelten Fortbildungen und Workshops teilzunehmen.

Mit „Dialog FÜR Demokratie“ wollen wir Jugendlichen stark machen
 ... FÜR ein fröhliches und offenes Miteinander
 ... FÜR Mut zur Diskussion und respektvollen Auseinandersetzung
 ... FÜR ein demokratisches Selbstverständnis, in dem Platz für alle Religionen und Weltanschauungen ist

Die ProjektpartnerInnen

„Dialog FÜR Demokratie“ ist ein Zusammenschluss des BDJ Bayern, der Evangelischen Jugend in Bayern, der Islamischen Jugend in Bayern und der DITIB Jugend Bayern (Nord und Süd). Der BJR ist Träger des Projekts. Konzeptionell und beratend wird es unterstützt von der Eugen-Biser-Stiftung, die sich seit 2002 intensiv mit dem Dialog für Demokratie zwischen unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen beschäftigt und einen wertvollen Beitrag in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit leistet.

Dialog für Demokratie ganz konkret zum Mitmachen: Fachtage für Haupt- und Ehrenamtliche

Wie sprechen Jugendliche in Bayern über Religion und welche Themen sind für sie wichtig? Welche Schwierigkeiten und Herausforderungen bringt der Dialog der Religionen in der Jugendarbeit mit sich? Wo könnten neue Kooperationen entstehen und welche neuen Formate wären interessant?

Diese Fragen sollen im Zentrum der Fachtage stehen, die ab Juli 2017 in den bayerischen Bezirken stattfinden. „Dialog FÜR Demokratie“ möchte seine Formate im Austausch mit denjenigen entwickeln, die in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden interkulturelle und (inter-)konfessionelle Jugendarbeit leisten. Zu den Fachtagen sind alle eingeladen, die bereits in diesem Bereich tätig sind oder denen der Dialog der Religionen und das Engagement für Demokratie ein Anliegen sind. Ziel dieser Treffen ist es, bestehende Projekte kennen zu lernen, innovative und erfolgreiche

Konzepte zu entdecken und gemeinsam neue Formate zu entwickeln. Die Ergebnisse der Arbeit in den Bezirken werden im November 2017 bei einem überregionalen Fachtag in München vorgestellt.

CARMEN REICHERT
BJR

JENS HAUSDÖRFER
BDKJ BAYERN



Folgende Termine sind geplant:

- Samstag, 16.09.2017 in Würzburg
- Samstag, 30.09.2017 in Augsburg
- Sonntag, 08.10.2017 in Bamberg

(Hinweis der Redaktion: Die Termine in Nürnberg, Regensburg und München fanden bereits statt)

Aktuelle Infos zum Projekt:
www.bjr.de bzw. www.bdkj-bayern.de

Fit für die kirchliche Jugendarbeit



Diskussionsrunde und Austausch für die eigene Arbeit

FOTO: ANGELIKA GABRIEL

➔ „Fit für kirchliche Jugendarbeit“ - unter dieser Überschrift kamen 14 neue MitarbeiterInnen der kirchlichen Jugendarbeit der Diözesen Augsburg, Passau, Regensburg und Würzburg im Mai zusammen und verbrachten fünf, inhaltlich gut gefüllte Tage im Kloster Benediktbeuern.

Die dritte Blockwoche der insgesamt dreiwöchigen Fortbildungsreihe stand unter der Überschrift der drei Grundvollzüge Diakonie - Martyrie - Liturgie und war gefüllt mit verschiedensten Angeboten und interessanten Vorträgen rund um die kirchliche Jugendarbeit.

Prof. Dr. Katharina Karl referierte zum Thema „Glaubenskommunikation in veränderter Zeit“, P. Felix Biebl sprach unter der Überschrift „Liturgie mit jungen Menschen“ und Angelika Gabriel zum Ansatz der religionssensiblen Erziehung und Bildung. Nach einer praktischen Einführung in die Kirchenraumpädagogik von Franziska Harbich weitete Michael Brunnhuber mit Übungen zu „Erlebnispädagogik und Glaube“ das Methodenrepertoire

der teilnehmenden neuen MitarbeiterInnen. Neben diesen inhaltlichen aber auch praktischen Impulsen und Referaten hatten die TeilnehmerInnen viel Raum und Zeit zur Diskussion und Auseinandersetzung der vorgestellten Themen sowie auch für den persönlichen (Erfahrungs-) Austausch und das Sammeln von neuen Ideen und Impulsen für die eigene Arbeit.

Den Abschluss der 3. Blockwoche und somit der gesamten Fortbildungsreihe bildete ein Stationengottesdienst sowie ein festlicher „Bayrischer Abend“ im Anschluss.

Jens Hausdörfer, Vorsitzender der Landesstelle für katholische Jugendarbeit in Bayern, rundete die Kurswoche am Freitag mit Visionen und persönlichen Zielen für die weitere Arbeit ab. Diese endete mit guten Wünschen und ersten Plänen für ein gemeinsames Wiedersehen der gesamten Gruppe.

FRANZISKA HARBICH



Stationengottesdienst zum Abschluss der dritten Blockwoche

FOTO: ANGELIKA GABRIEL

CAJ Bayerncamp 2017 – Großereignis am Chiemsee



➔ Das bayernweite CAJ-Großereignis „Das Bayerncamp 2017“ fand in diesem Jahr im Juni auf dem Zeltplatz des KJR - Traunstein am Chiemsee statt. Zu Beginn der Pfingstferien trafen sich viele junge Leute aus München, Passau, Augsburg, dem Allgäu aus allen Ecken Frankens und der Oberpfalz, die in diesem Jahr mit der Landesleitung das Bayerncamp federführend organisierten.

„Das Bayerncamp ist für mich eine geniale Mischung aus Bildungsveranstaltung, klassischem Zeltlager und Festival“ berichtet Thomas Steger, Landessekretär der CAJ in Bayern. Im

Mittelpunkt des Lagers standen die vielen Workshops am Samstag, bei denen man kreativ, aktiv und besinnlich tätig werden konnte. Am Sonntag wurde das Camp durch inhaltlichen Foren, die im Angebot waren, politisch. Wie geht das? Da die CAJ ihre Programmatik sehr basisnah behandelt, standen viele ReferentInnen zu inhaltlichen und politischen Themen bereit.

Unter anderem ging es um eine gerechte Arbeitswelt, einer fairen Alterssicherung, Spiritualität und Politik sowie um lebenspraktische Themen, die für Jugendliche von Bedeutung sind.

Nicht fehlen durfte der Gottesdienst beim Camp. CAJ Kaplan Pater Pawel Klos aus dem Erzbistum München und Freising und Salesianer Don Bosco feierte zusammen mit allen TeilnehmerInnen einen bewegenden Gottesdienst.

Das Fazit ist eindeutig. Es war super und die Bayerncamp-Leute freuen sich schon auf das Treffen 2018 im Bistum Augsburg auf dem Zeltplatz in Dillingen.

TOM STEGER
CAJ BAYERN



FOTOS: CAJ BAYERN

Alles neu und nass und groß – Rückblick auf die Landesversammlung der KJG LAG Bayern

➔ In jedem Jahr macht der Mai alles neu. Zumindest in der KJG LAG Bayern, deren Landesversammlung traditionell am ersten Wochenende im Mai tagt. So fanden sich auch in diesem Jahr VertreterInnen aller sieben Diözesanverbände in Rummelsberg bei Nürnberg ein und gestalteten ihre Landesarbeitsgemeinschaft, bei der sich in diesem Jahr vom Studienteil bis zum Gottesdienst alles um das Thema Wasser drehte.

Im Anschluss an den Rechenschaftsbericht des Landesvorstands war es Freitagabend an Delegierten und Gästen, sich des mittlerweile institutionalisierten Weiterentwicklungsprozesses der LAG anzunehmen. Dabei wurden zunächst die in der Satzung formulierten Ziele überprüft. Aus der darauffolgenden Kleingruppenarbeit entstand der Auftrag

an den Landesausschuss, künftig in seiner ersten Sitzung die Priorisierung inhaltlicher Schwerpunkte der Arbeit auf Landesebene zu verabschieden. Darüber hinaus wurde das Arbeitsjahr 2017/2018 unter das Jahresthema „Bildung“ gestellt. In den geschlechtsspezifischen Konferenzen setzten sich die Männer mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinander, während die Frauen der Frage nachgingen, ob Männer und Frauen verschiedene Anforderungen an die gemeinsame Arbeit in Gremien der KJG haben, bzw. welche Konsequenzen dies mit sich bringt. Beide Konferenzen reflektierten den nunmehr zum dritten Mal durchgeführten „Gendercheck“ der KJG auf Landesebene.

Nach sieben Jahren Landesvorstand trat die ehrenamtliche Vorsitzende, Ines Huibens, am Samstag von

ihrem Amt zurück. In einem Wahlkrimi, der die Versammlung vor die Entscheidung zwischen zwei großartigen Kandidatinnen stellte, setzte sich Daniela Wittmann als neue Landesvorsitzende durch und komplettiert das Team gemeinsam mit dem wiedergewählten Luis Heinz und den beiden hauptamtlichen Raphael Klutzny und Eva-Katrin Ernhofer. Am Abend wurde Ines gemeinsam mit „alten“ und neuen WegbegleiterInnen, jeder Menge netter to-dos und dem ein oder anderen Tränchen unter dem Motto „WunderInes“ verabschiedet.

EVA ERNHOFER
KJG LAG BAYERN



Prominente unterstützen Aktion „Maibaum für Toleranz“ der Landjugend



Rund 30 „Maibäume für Toleranz“ wurden heuer erstmals in Bayern aufgestellt. Sie griffen eine Idee der Landjugend mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz auf, prominente Gäste waren u.a. Landtagspräsidentin Barbara Stamm in Stammheim, Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in Pfeffenhausen und CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer in Wernersreuth.

Beim Maibaumverein in München-Laim lobte der evangelische Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm die Idee: „Ich glaube, dass sie genau den richtigen Weg geht, um unser Bayern in dem zu stärken, was seinen größten Reiz ausmacht und warum auch ich hier so gerne lebe: die besondere Verbindung von Heimatverbundenheit und Weltoffenheit.“

KLJB: Begegnungen und Tradition der richtige Weg für mehr Toleranz

Die KLJB Bayern unterstützte gemeinsam mit der Evangelischen Landjugend (ELJ) und der Bayerischen Jungbauernschaft (BJB) den Aufruf unter dem Motto „Gut aufgestellt. Maibaum für Toleranz“. KLJB-Landesvorsitzende Christina Kornell, die selbst in Stammheim beim „Maibaum für Toleranz“ dabei war: „Die Aktion zeigt, was wir in Zeiten des erstarrenden Rechtsextremismus dringend brauchen: Persönliche Begegnungen und immer weiter entwickelte

Traditionen. Das ist der richtige Weg für mehr Toleranz und Integration statt Ausgrenzung.“

München-Laim hat ökumenischen „Maibaum für Toleranz“

Bei den Laimer Maibaumfreunden trat der evangelische Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm gemeinsam mit der BDKJ-Bundesvorsitzenden Lisi Maier, KLJB-Landesseelsorgerin Julia Mokry und dem Erzpriester Apostolos Malamoussis von der griechisch-orthodoxen Gemeinde auf die Bühne. Landesbischof Bedford-Strohm freute sich über die gelungene Umsetzung der Idee für die Landjugend auch in Laim als Teil der Landeshauptstadt: „Dass wir in Bayern gerade als Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen gut zusammenleben und die Vielfalt als Bereicherung verstehen, das wünsche ich mir.“

Stammheim ist bunt und hat nun einen „Maibaum für Toleranz“

Landtagspräsidentin Barbara Stamm, MdL, besuchte das feierliche Maibaum-Aufstellen in Stammheim und stellte den Aufruf für den „Maibaum für Toleranz“ vor. KLJB-Bundesvorsitzender Stephan Barthelme, der aus Stammheim stammt, und KLJB-Landesvorsitzende Christina Kornell waren ebenso vor Ort wie die Fränkische Weinkönigin Silena Werner, die Mitglied der KLJB Stammheim ist und Martin Becher, Geschäftsführer beim Bayerischen Bündnis für Toleranz.

Hier ging es auch darum, die Aktionen aus 2015 zu unterstützen, als ein breites gesellschaftliches Bündnis „Stammheim ist bunt“ erfolgreich dafür sorgen konnte, dass die Neonazi-Kleinpartei „Die Rechte“ nicht in Stammheim Fuß fassen konnte. Die Umwandlung eines früheren Dorfgasthofs in eine Parteizentrale wurde



München-Laim hat ökumenischen „Maibaum für Toleranz“

FOTOS: KLJB BAYERN

juristisch und politisch verhindert. Veranstalter war der SV Stammheim, die KLJB Stammheim gehört zur Dorfjugend, die den Maibaum traditionell aufstellt. Dazu wurde die KLJB kreativ, denn sie brachte bunte Luftballons mit, die die bunte Botschaft der Aktion „Maibaum für Toleranz“ hinaus ins Land tragen sollten.

16 Vereine in Pfeffenhausen begrüßen Minister Brunner

Insgesamt 16 Vereine aus Pfeffenhausen stellten am Kirchplatz gemeinsam einen „Maibaum für Toleranz“ auf. Gleich zwei prominente Ehemalige aus der KLJB waren vor Ort: Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Helmut Brunner sowie Ruth Müller, MdL, aus Pfeffenhausen. Bei der Aufstellung des neuen „Maibaum für Toleranz“ packte die KLJB Holzhausen aus dem Nachbarort kräftig mit an und auch die Hallertauer Hopfenkönigin Sabrina Schmalhofer,

Mädchenvorstand der benachbarten KLJB Rainertshausen, war vor Ort. Eine weitere Besonderheit ist, dass man den Maibaum in Pfeffenhausen auch gerne mit „ei“ schreibt, also zum „Mei-Baum“ umbenennt. Dies soll zum Ausdruck bringen, dass sich jeder mit seiner Heimat, seinem Verein und der Gemeinschaft des Maibaumes identifiziert und hinter den Aktionen steht.

Begegnung der Generationen am Maibaum in Wernersreuth

Auch die KLJB Wernersreuth (Landkreis Tirschenreuth) stellte ihren Maibaum heuer als „Maibaum für Toleranz“ auf. Anwesend waren der örtliche Landtagsabgeordnete Tobias Reiß, MdL und der CSU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer, MdL, der im Landkreis zu Gast war und sich über die besondere Initiative aus der Jugendarbeit sehr freute. Eine



16 Vereine in Pfeffenhausen begrüßen Minister Brunner

passende KLJB-Aktion richtete sich an die Dorfbewohner über 60 Jahren, die den ganzen Nachmittag kostenlos Kaffee und Kuchen bekamen und mit der Idee der „toleranten Begegnung von Generationen“ in die Maibaumfeier der KLJB Wernersreuth einbezogen wurden.

HEIKO TAMMENA
KLJB BAYERN

Landjugend fordert mehr Jugendbeteiligung und Wohnungen auf dem Land

➔ Die 68. KLJB-Landesversammlung mit rund 90 Delegierten und Gästen aus ganz Bayern beschloss vom 25. bis 28. Mai 2017 im Haus Werdenfels (Nittendorf, Landkreis Regensburg) zwei jugendpolitische Positionen, die mehr Jugendbeteiligung und „Junges Wohnen auf dem Land“ fordern.

„Wir haben was zu sagen! Demokratie braucht Jugendpolitik“

Die KLJB fordert in ihrem Grundsatzbeschluss eine eigenständige Jugendpolitik auf allen politischen Ebenen, insbesondere Jugendbeteiligung in der Kommune. Das Wahlalter soll

auf 14 gesenkt werden, weitere Forderungen sind Standards für „jugendfreundliche Kommunen“ und mehr politische Bildung.

KLJB-Landesvorsitzende Regina Ganslmeier: „Jugendbeteiligung soll nicht abhängen von der zufälligen Offenheit der Bürgermeister oder Landrätinnen für das Thema. Sie soll



in allen Kommunen zum Pflichtprogramm werden, um junge Menschen anzusprechen und in der Gemeinde zu halten. Die aktuellen Themenfelder Integration und Prävention von Rechtsextremismus sollten aus unserer Sicht jugendpolitisch besonders gefördert werden. Mit unserem detaillierten Beschluss und unseren Bildungsangeboten wollen wir dazu einen Beitrag leisten.“

„Junges Wohnen auf dem Land“

Die KLJB fordert in ihrem zweiten Beschluss mehr Planungen für junge Leute, um sie mit attraktiven Wohnungen auf dem Land zu halten oder zurückzubekommen. KLJB-Landesvorsitzender Rupert Heindl: „Nicht alle jungen Leute auf dem Land wollen gleich ein Eigenheim. Viele suchen vergeblich Mietwohnungen und stellen fest, dass es diese nur in der Stadt gibt, ebenso wie geförderten Wohnungsbau. Hier wollen wir Anregungen geben, wie Kommunalpolitik, aber auch Landespolitik mehr für bezahlbare, jugendgerechte und flexible Wohnungen auf dem Land

tun können. Auch hier gilt, dass die Politik zuerst einmal die Landjugend selbst fragen muss, was sie sich für die Zukunft wünscht.“

„Let´s talk about faith!“ - Glaubenskommunikation für die KLJB

In einem Studienteil am Freitag beschäftigte sich die KLJB in Workshops mit Fragen zum Themenbereich „Glaubenskommunikation“, die viele Einblicke in die junge Kirche auf dem Land und ihre Veränderungen im mobilen Zeitalter brachten. KLJB-Landesseelsorgerin Julia Mokry: „Manche Menschen wirken für die Jugend wie von einem anderen Stern, wenn sie im Alltag über Glauben sprechen. So war es gut, dass wir uns als Jugendverband in Workshops über den Glauben austauschen konnten. Denn zeitgemäße Jugendpastoral heißt, die Lebenswelt der Jugend in die kirchliche Jugendarbeit einzubeziehen und mit einer zeitgemäßen Kommunikation über unseren Glauben die Verknüpfung in den Alltag zu schaffen!“



Neue KLJB-Studie „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt.“

Die Beschlüsse der KLJB-Landesversammlung stehen vor dem Hintergrund einer gerade gestarteten Studie zur Landjugend mit dem Titel „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt.“. Die KLJB betreibt die Studie bis 2019 mit dem Forschungsinstitut „isr“ (Institut für Stadt- und Regionalmanagement, Prof. Dr. Joachim Vossen) und mit Unterstützung des Bayerischen Umweltministeriums. Hier geht es um die wissenschaftliche Ermittlung von Faktoren, die junge Menschen auf dem Land heute halten, gehen oder zurückkehren lassen.

HEIKO TAMMENA
KLJB BAYERN



Abstimmung „Junges Wohnen auf dem Land“

FOTO: KLJB BAYERN

Mitbestimmung möglich machen – Hauptausschuss fordert echte Beteiligung bei Jugendsynode

➔ „Die Kirche braucht eine neue Beteiligungsstruktur“ – mit dieser Forderung hat sich der BDKJ vor der im Herbst 2018 anstehenden Bischofssynode zum Thema „Die Jugendlichen, der Glaube und die Berufungsunterscheidung“ positioniert. Der BDKJ-Hauptausschuss fordert in diesem Beschluss deutlich mehr demokratische Beteiligung in der Kirche.

„Junge Menschen haben der Kirche etwas zu sagen“, erklärt der neu gewählte BDKJ-Bundesvorsitzende Thomas Andonie. „Damit sie ihre Anliegen nicht nur anbringen können, sondern diese auch zu Veränderungen führen, braucht es neue Ideen, wie echte Partizipation junger Menschen in der Kirche auf allen Ebenen umgesetzt werden kann.“ Der Dachverband der katholischen Jugendverbände fordert, dass Mitbestimmung für junge Menschen innerhalb der Kirche selbstverständlich sein müsse.

„In den katholischen Kinder- und Jugendverbänden profitieren Jugendliche und junge Erwachsene ungenutzt davon, dass sie selbst Leitungsverantwortung übernehmen – und das tut auch der Kirche gut. Junge Menschen bestimmen ihre Themen selbst, setzen Aktionen um und übernehmen Verantwortung. So sind sie lebendig und sichtbar Kirche. Damit Kirche auch auf weltkirchlicher Ebene von jungen Menschen mitgestaltet werden kann, fordern wir, dass an der Jugendsynode im kommenden Jahr gleich viele Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter wie Bischöfe teilnehmen“, so Andonie weiter.

Der BDKJ wertet es als positives Zeichen, dass der Vatikan eine Online-Umfrage im Vorfeld der Synode veröffentlicht hat, die seit Anfang Juli auch auf Deutsch ausgefüllt werden kann. „Die Jugendsynode wird aber nur dann ein Erfolg, wenn diese Ergebnisse tatsächlich ausreichend

berücksichtigt werden und die Anliegen junger Menschen ernst genommen werden“, so Andonie.

Als Position des Dachverbands der katholischen Jugendverbände zur Jugendsynode hat der BDKJ den Beschluss „Mitbestimmung möglich machen“ bereits an die Deutsche Bischofskonferenz übergeben. Dort wurden Rückmeldungen zum vom Vatikan veröffentlichten Fragebogen zur Jugendsynode zusammengefasst und anschließend an das Synodensekretariat im Vatikan weitergeleitet. Der BDKJ bringt mit seinem Beschluss die Stimme von 660.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den katholischen Jugendverbänden ein.

THERESA VON BISCHOPINK
BDKJ BUNDESSTELLE



„Wir fordern, dass an der Jugendsynode gleich viele Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter wie Bischöfe teilnehmen.“

Thomas Andonie,
BDKJ-Bundesvorsitzender

Der Beschluss kann hier heruntergeladen werden:
<http://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/mitbestimmung-moeglich-machen/>



Über die Jugendsynode berichtet der BDKJ fortlaufend auf www.jugend-synode.de.

35.000 Stunden und noch viel mehr – Aktion Zukunftszeit erfüllt gestecktes Ziel



Das Ziel ist erreicht: Bei der Aktion „Zukunftszeit - Gemeinsam für ein buntes Land“ des BDKJ und seiner Diözesan- und Mitgliedsverbände wurde das gesetzte Ziel, 35.000 Stunden Engagement für ein buntes und tolerantes Deutschland zu sammeln, erfüllt. Das wurde auf der BDKJ-Hauptversammlung in Altenberg verkündet. Seit Mitte März haben sich junge Menschen deutschlandweit mit Aktionen gegen Menschenfeindlichkeit und für die Integration von Geflüchteten eingesetzt.



„Wir freuen uns riesig, dass innerhalb von nur zwei Monaten unser für September gestecktes Ziel erreicht wurde, die 35.000 Stunden zu sammeln. Diese Zahl entspricht der Dauer einer Legislaturperiode. Die jungen Menschen haben damit gezeigt wie sie sich ihr Land nach der Bundestagswahl wünschen: Vielfältig, weltoffen

Aktion Zukunftszeit
<http://www.zukunftszeit.de/>



und solidarisch“, erklärt die BDKJ-Bundesvorsitzende Lisi Maier bei der Hauptversammlung des Dachverbands in Altenberg. Ursprünglich sollten die Zukunftszeit-Stunden bis zur Bundestagswahl zusammen kommen.

„Das Ergebnis macht deutlich, wie stark sich Jugendverbände gegen Menschenfeindlichkeit und für Vielfalt einsetzen“, ergänzt Bundespräses Pfarrer Dirk Bingener. „Die Aktion Zukunftszeit bietet eine Plattform, dieses Engagement sichtbar zu machen und damit ein klares Zeichen für Demokratie, Solidarität und Toleranz zu setzen. Die erreichten 35.000 Stunden zeigen uns: Da geht noch mehr. Wie viele Legislaturperioden können wir bis September schaffen?“, fragt Bingener.

Mitte März ist die sechsmonatige „aktiv-sein“-Phase der Aktion Zukunftszeit gestartet. In den ersten acht Wochen wurden bereits 300 Aktionen eingetragen. Auch zahlreiche Gruppen außerhalb der katholischen Jugendverbände beteiligten sich daran. Die Aktionsformate sind dabei sehr vielfältig. Es fanden Diskussionen am Lagerfeuer, beim Grillen oder auf dem Podium mit VertreterInnen aus Politik und Kirche statt. Auf Ferienfreizeiten, bei Kicker-Turnieren, interkulturellen Stadtrallies oder Kochabenden wurden der Austausch und die gegenseitige Begegnung von jungen Menschen mit und ohne



Fluchthintergrund gefördert. In Gottesdiensten und auf einer Jugendwallfahrt machten sich zudem viele Jugendliche für Toleranz und Frieden stark. Alle Aktionen wurden auf der Übersichtskarte auf www.zukunftszeit.de eingetragen.

„Zukunftszeit - Gemeinsam für ein buntes Land ist eine Aktion des BDKJ-Bundesverbands und seiner Mitglieds- und Diözesanverbände gegen Ausgrenzung und für Vielfalt. Junge Menschen engagieren sich bundesweit für die Integration von Geflüchteten und widersprechen jeder Form von Menschenfeindlichkeit. Die Aktion steht unter der Schirmherrschaft von Manuela Schleswig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Erzbischof Stefan Heße, Flüchtlingsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz.

THERESA VON BISCHOPINK
BDKJ BUNDESSTELLE

BDKJ Bayern



Katharina Libon, Mitglied im BDKJ-Landesvorstand

BDKJ Bundesebene



FOTO: © CHRISTIAN SCHNAUBELT, BDKJ BUNDESTELLE

Thomas Andonie, BDKJ-Bundesvorsitzender

BDKJ Eichstätt



Angela Hundsdorfer, ehrenamtliche Diözesanvorsitzende

FOTOS: BDKJ Eichstätt



Maximilian Holzer, ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender

BDKJ München und Freising



FOTO: BDKJ München und Freising

Richard Greul, BDKJ Präses

KjG LAG Bayern



FOTO: KjG LAG Bayern

Daniela Wittmann, ehrenamtliche Landesvorsitzende

KLJB Bayern



FOTO: KLJB Bayern

Simone Grill, ehrenamtliche Landesvorsitzende

Kolping Jugend Bayern



FOTO: Kolping Jugend Bayern

Kathi Maier, Landesleiterin

STELLENANZEIGEN

PSG sucht Bildungsreferentin



➔ Die Pfadfinderinnenschaft St. Georg Bayern e. V. sucht ab sofort eine Bildungsreferentin in der Landesebene mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von 9,75 Stunden/Woche.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen, bevorzugt per Mail, bitte bis zum 16. August 2017 einreichen bei:
Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Landesstelle Bayern e.V.
Schaezlerstraße 32
86152 Augsburg
Email: info@psg-bayern.de

Informationen zur Stelle:
Katharina Trinkl
katharina@psg-bayern.de
Tel. 0821 508 802 58
www.psg-bayern.de



Aktuelle Zusatzausbildungen am Institut für Jugendarbeit Gauting



FOTOS: Institut für Jugendarbeit Gauting

Sozialbetriebswirt/in (IF)

Qualifizierung für verantwortliche Positionen in sozialen Einrichtungen und Organisationen - mit den bewährten Markenzeichen:

- Fachlich fundiertes und zugleich praxisorientiertes Know-how, unter anderem in den Bereichen Kosten- und Leistungsrechnung, Finanzierung, Marketing, Controlling, Arbeitsrecht und Personalmanagement
- Praxisorientiertes Lernen in und mit der Ausbildungsgruppe
- Anerkanntes Zertifikat in Kooperation mit der Kath. Stiftungsfachhochschule München



Termin | Umfang

Der XII. Ausbildungsgang startet im März 2018 und endet im ebruar 2020 (19 Kursteile).

Qualitätsmanagement kompakt

- Vierteilige Qualifikation zu den Grundlagen des Qualitätsmanagements
- Prozess-Management, Evaluation, kontinuierliche Verbesserung, QM-Systeme im Vergleich, Rolle als QM-Beauftragte/r, Audits
- Zertifizierter Abschluss als „QM-Beauftragte/r in sozialen Organisationen“

Termin | Umfang

Der IV. Ausbildungsgang startet im Juni 2018 und endet im April 2019 (4 Kursteile).

Coach für Berufs- und Lebensstilorientierung (IF)

- Erarbeiten einer fundierten Coachingkompetenz
- Inhaltlicher Fokus sind dabei Orientierungs- und Veränderungsprozesse, die einerseits den beruflichen Bereich betreffen, aber auch eingebunden sind in den Gesamtkontext einer umfassenden und nachhaltigen Lebens(stil)orientierung.
- Auseinandersetzung mit nachhaltigen Lebensstilmodellen und zukunftsweisenden Ansätzen wie z.B. der Postwachstumsökonomie
- Anerkanntes Zertifikat in Kooperation mit der Kath. Stiftungsfachhochschule München



Termin | Umfang

Der VI. Ausbildungsgang startet im November 2018 und endet im Januar 2020 (7 Kursteile).

Information und Beratung zu den hier genannten Zusatzausbildungen

Dr. Ralph Neuberth

Dozent am Institut für Jugendarbeit des BJR in Gauting
089/ 89 32 33 - 15 | neuberth@institutgauting.de

Ausführliche Informationen zu den Kursen auch unter www.institutgauting.de



Neuer Werkbrief: **SIND WIR NICHT ALLE
(EIN BISSCHEN) HEILIG!?**

Bestellung im Internet unter: www.landjugendshop.de
2017, 128 Seiten, Best.-Nr. 1010 1701
9,00 Euro (zzgl. Versandkosten)



Heilig sein - was ist das? Ist Heiligkeit überhaupt noch zeitgemäß? Welche Heiligen gibt es in der Katholischen Kirche eigentlich, und warum werden sie verehrt? Diesen und anderen Fragen gehen unsere Autoren nach. Gerade für die Jugendpastoral ergeben sich spannende Themen, die KLJB-typisch wieder mit vielfältigen Methoden für Gruppenstunde und Gottesdienst vor Ort verknüpft werden.

Darüber hinaus enthält der Werkbrief Beiträge zu folgenden Themen:

- Infos zu Heiligspredigten und zur Geschichte der Heiligenverehrung
- Wie werde ich heilig, was kann ich tun?
- Heiligkeit - eine Berufung für alle!
- Methoden und Ideen für die Landjugendarbeit vor Ort

Jugendkorbinian 2017

Zukunftsmensch – Gott steht an unserer Seite! Jugendkorbinian am 18. November 2017



➔ Im November ist es soweit! Jugendkorbinian öffnet zum ersten Mal auf dem Festplatz in Freising seine Zelte. Alle jungen Menschen in der Erzdiözese München und Freising sind eingeladen bei einer der größten Jugendwallfahrten Süddeutschlands mitzubeten und mitzufeiern. Tagsüber wallfahren nach Freising und um 17 Uhr dann Gottesdienst mit Erzbischof Reinhard Kardinal Marx im Freisinger Dom!

Im anschließenden vielfältigen Programm, das bis zum Nachimpuls um Mitternacht geht, wird zum Beispiel die KLJB München und Freising die Teilnehmenden in der Motto-Area am Thema Zukunftsmensch mitdenken und mitentwickeln lassen. JETZT ist die Zeit sich für eine wertvolle Zukunft einzusetzen!

Informationen/Kontakt

www.jugendkorbinian.de

<https://de-de.facebook.com/Jugendkorbinian>



Nürnberger Forum 2017

Jugendpastoral / Jugendarbeit digital !?

*Fachtagung für MitarbeiterInnen in der
kirchlichen Jugend(verbands-)arbeit*

Dienstag, 14. November 2017
9:30 bis 17:00 Uhr

Caritas Pirckheimer Haus
Königstraße 64
90402 Nürnberg

Anmeldung unter
[http://www.bdkj-bayern.de/fileadmin/
files/landesstelle/2017-07-11_Anmeldung_
Nuernberger_Forum.pdf](http://www.bdkj-bayern.de/fileadmin/files/landesstelle/2017-07-11_Anmeldung_Nuernberger_Forum.pdf)



Impressum

Herausgeber:

Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern e.V.
Landwehrstraße 68, 80336 München
Tel.: 089 / 532931 - 14
Fax: 089 / 532931 - 11
landesstelle@bdkj-bayern.de
www.bdkj-bayern.de

V.i.S.d.P.:

Daniel Köberle

Redaktion:

Daniel Köberle, Christoph Schreiber

Layout:

Ilse Martina Schmidberger

Fotos:

BDKJ Bayern (falls keine andere
Quelle angegeben). Verantwortlich
für Bildrechte sind die jeweiligen
BildstellerInnen.

Interviews:

Soweit nicht anders angegeben ohne
redaktionelle Änderungen.

bai erscheint dreimal im Jahr

Bestellservice:

Landesstelle für katholische Jugendarbeit
Tel.: 089 / 532931 - 0
landesstelle@bdkj-bayern.de

Druck:

Kreiter, Wolfratshausen
Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier, chlorfrei
gebleicht